

N i e d e r s c h r i f t

der 17. Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschusses
am Montag, dem 14.01.2013,
im Stadtverordnetensitzungssaal, Rathaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 19:25 - 23:05 Uhr

Anwesende Ausschussmitglieder:

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Herr Alfons Buchholz
Herr Gerhard Merz MdL
Herr Christopher Nübel
Herr Frank Walter Schmidt

(in Vertretung für Stv. Persch)

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Klaus Peter Möller
Herr Thiemo Roth
Herr Dieter Scholz Ausschussvorsitzender

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Klaus-Dieter Grothe
Herr Martin Klußmann

Stadtverordnete der FW-Fraktion:

Herr Hans Heller

Außerdem:

Frau Inge Bietz	SPD-Fraktion	(bis 21:25 Uhr)
Frau Ika Veronika Bordasch	SPD-Fraktion	(bis 20:12 Uhr)
Herr Egon Fritz	SPD-Fraktion	(bis 20:30 Uhr)
Frau Dr. Ulrike Krautheim	SPD-Fraktion	(bis 21:25 Uhr)
Herr Rolf Krieger	SPD-Fraktion	(bis 21:25 Uhr)
Herr Mehmet Tanriverdi	SPD-Fraktion	(bis 21:05 Uhr)
Herr Jürgen Becker	CDU-Fraktion	(bis 21:20 Uhr)
Herr Dr. Johannes Dittrich	CDU-Fraktion	(bis 20:30 Uhr)
Herr Dieter Gail	CDU-Fraktion	(bis 21:20 Uhr)

Frau Dorothe Küster	CDU-Fraktion	(bis 20:37 Uhr)
Frau Julia-Christina Sator	CDU-Fraktion	
Herr Martin Schlicksupp	CDU-Fraktion	(bis 21:32 Uhr)
Frau Maren Kolkhorst	Fraktion B'90/Die Grünen	(bis 20:10 Uhr)
Frau Dr. Bettina Speiser	Fraktion B'90/Die Grünen	
Herr Heiner Geißler	FW-Fraktion	
Herr Jonas Ahlgrimm	Die Linke.Fraktion	(bis 22:40 Uhr)
Herr Dr. Martin Preiß	FDP-Fraktion	
Herr Dr. Klaus Dieter Greilich	FDP-Fraktion	(bis 21:30 Uhr)
Herr Christian Oechler	Piraten-Fraktion	
Herr Michael Janitzki	Fraktion LB/BLG	
Herrn Wolfram Kreiling	Ortsbeirat Lützellinden	(bis 21:25 Uhr)
Herr Carsten Zörb	Ortsbeirat Lützellinden	(bis 20:40 Uhr)
Herr Prof. Dr. Frieder Lutz	Ortsbeirat Kleinlinden	(bis 22:00 Uhr)

Vom Magistrat:

Frau Dietlind Grabe-Bolz	Oberbürgermeisterin	
Frau Astrid Eibelshäuser	Stadträtin	
Herr Burkhard Schirmer	Stadtrat	(von 20:30 Uhr bis 21:45 Uhr)
Herr Prof. Dr. H. Brinkmann	Stadtrat	
Herr Joachim Grußdorf	Stadtrat	(bis 21:57 Uhr)
Herr Johannes Zippel	Stadtrat	

Von der Verwaltung:

Frau Julia Thon	Dezernat I
Herr Dirk During	Leiter der Kämmerei
Herr Thomas Gernandt	Stellv. Leiter der Kämmerei
Herr Dietrich Metz	Leiter des Rechtsamtes

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Dieter Knoth	Büroleiter, Schriftführer
Frau Andrea Allamode	Stellv. Schriftführerin

Entschuldigt:

Herr Oliver Persch	SPD-Fraktion
--------------------	--------------

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist. Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz beantragt, dass ein nicht-öffentlicher Teil der Sitzung eingerichtet wird. In diesem möchte sie den Bericht zur Bürgerschaft für die GISPO GmbH geben. Dafür solle der bisher für den öffentlichen Teil zu diesem Thema vorgesehene TOP 2 entfallen.

Stv. Janitzki, Fraktion LB/BLG, spricht gegen den Antrag.

Stv. Ahlgrimm, Die Linke.Fraktion, sagt, dass er inhaltlich zu dem Antrag der Oberbürgermeisterin sprechen möchte.

Der **Vorsitzende** bittet daraufhin die Öffentlichkeit, den Sitzungssaal zu verlassen, lässt die außerhalb des Saals befindlichen Lautsprecher ausschalten und stellt auf diese Weise die Nichtöffentlichkeit her.

Nach kurzer nicht-öffentlicher Beratung (19:30 bis 19:40 Uhr) lässt der **Vorsitzende** die Öffentlichkeit wieder herstellen und gibt bekannt, die Oberbürgermeisterin beantrage – als Resultat der nicht-öffentlichen Beratung –, den TOP 2 im öffentlichen Teil der Sitzung zu belassen, aber zusätzlich einen gleichlautenden Tagesordnungspunkt in nicht-öffentlicher Sitzung einzurichten.

Gegen diesen Antrag erhebt sich kein Widerspruch.

Weitere Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Sie wird in der ergänzten Form genehmigt.

Tagesordnung (Öffentliche Sitzung):

1. Bürgerfragestunde
- 1.1. Anfrage gem. § 31 GO des Herrn Winfried ANF/1328/2013
Schwenzfeuer vom 31.12.2012 - Bürgerschaftsreduzierung
für LTi 46-ersGießen
- 1.2. Anfrage gem. § 31 GO des Herrn Winfried ANF/1329/2013
Schwenzfeuer vom 31.12.2012 - Kürzungen beim
Stadtthater Gießen -
2. Bericht der Oberbürgermeisterin zur Bürgerschaft für die
GISPO GmbH
3. Kommunaler Schutzschirm Hessen/Entschuldungsfonds STV/1314/2012
(KSH);
hier: Beschluss über den Beitritt der Stadt Gießen zum
KSH und Abschluss von Verträgen
- Antrag des Magistrats vom 11.12.2012 -
4. Haushaltssicherungskonzept 2013 STV/1320/2012
- Antrag des Magistrats vom 17.12.2012 -

- | | | |
|------|--|---------------|
| 5. | Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2013
- Antrag des Magistrats vom 04.09.2012 - | STV/1088/2012 |
| 5.1. | 1. Magistrats-Änderungsliste zum Haushalt 2013 -
Ergebnishaushalt
- Antrag des Magistrats vom 22.11.2012 - | STV/1262/2012 |
| 5.2. | 2. Magistrats-Änderungsliste zum Haushalt 2013 -
Kommunaler Schutzschirm Hessen (KSH) -
Ergebnishaushalt
- Antrag des Magistrats vom 11.12.2012 - | STV/1313/2012 |
| 5.3. | 1. Magistrats-Änderungsliste zum Haushalt 2013 -
Finanzhaushalt
- Antrag des Magistrats vom 22.11.2012 - | STV/1263/2012 |
| 5.4. | Änderungsanträge der Fraktionen, des
Jugendhilfeausschusses, der Ortsbeiräte und des
Ausländerbeirates | |
| 5.5. | Reduzierung des finanziellen Spielraumes für den
Magistrat
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 26.10.2012 - | STV/1197/2012 |
| 5.6. | Keine Privatisierungen städtischer Unternehmen
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 22.11.2012 - | STV/1264/2012 |
| 6. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürgerfragestunde

- | | | |
|------|--|----------------------|
| 1.1. | Anfrage gem. § 31 GO des Herrn Winfried Schwenzfeuer vom 31.12.2012 - Bürgerschaftsreduzierung für LTi 46ers Gießen | ANF/1328/2013 |
|------|--|----------------------|
-

Anfrage:

„Weshalb muss die Bürgerschaftsreduzierung für den Basketballverein 46ers nochmals auf die Tagesordnung des Stadtparlamentes gesetzt werden, obwohl doch schon eben dieses Parlament dieser Bürgerschaftsreduzierung zugestimmt hat?“

Antwort Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz: *„Die Bürgerschaftsreduzierung muss nicht auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung gesetzt werden. Der gesamte*

Themenkomplex um die 46ers, den vorläufigen Insolvenzantrag sowie die städtische Bürgschaft werden Gegenstand eines Berichtes im Hauptausschuss sein. Hintergrund hierfür ist, dass der Insolvenzantrag der GISPO GmbH für die Stadt das Risiko beinhaltet, aus der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Bürgschaft in Anspruch genommen zu werden. Abgesehen davon bewegt und interessiert dieses Thema viele Gießener Bürgerinnen und Bürger, so dass sich die parlamentarischen Gremien der Stadt schon deshalb mit dem Gesamtkomplex befassen sollten.“

1. Zusatzfrage: „Warum muss denn unbedingt dieser Verein weiter von der Stadt unterstützt werden (u. a. auch mit der Osthallenmietgebühr), während kulturelle und soziale Projekte den Kürzungsmaßnahmen - mangels finanzieller Unterstützung - der Stadt zum Opfer fallen werden!“

Antwort Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz: „Die Stadt hat am 14.03.2006 mit der Trägergesellschaft der Gießen 46ers einen Vertrag geschlossen, in dem sie sich zu bestimmten Unterstützungsleistungen verpflichtet hat, unter anderem dazu, die Gießen 46ers im Hinblick auf die Bereitstellung städtischer Sportanlagen wie einen Gießener Sportverein zu behandeln.“

**1.2. Anfrage gem. § 31 GO des Herrn Winfried Schwenzfeuer ANF/1329/2013
vom 31.12.2012 - Kürzungen beim Stadthater Gießen -**

Anfrage:

„Den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Gießen werden ab 2013 höhere Gebühren und reduzierte Leistungen abverlangt, um den Beitritt der Stadt Gießen unter den Rettungsschirm des Landes Hessen zu ermöglichen. Weshalb findet man im Maßnahmenkatalog der Stadt keinerlei Kürzungen bei einem der größten Ausgabenposten, dem STADTTHEATER Gießen?“

1. Zusatzfrage: „Es ist nicht einmal eine Erhöhung der Eintrittspreise zu erkennen. Soll hier die Besucher Klientel dieses Theaters geschont werden?“

2. Zusatzfrage: „Müssen auch hier nur soziale und kleine kulturelle Projekte ihren Beitrag zur ‚Sanierung‘ der Stadt beitragen?“

Antwort Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz: „Das Stadttheater Gießen ist die zentrale Kultureinrichtung Mittelhessens. Insofern nimmt es den kulturellen Versorgungsauftrag für die gesamte Region wahr und ist damit für Gießen als Oberzentrum unerlässlich. Dies sieht auch das Land Hessen so und hat dies mit dem Abschluss des Theatervertrages vertraglich festgehalten. Darin ist nämlich die Gleichstellung des Gießener Stadttheaters mit den Hessischen Staatstheatern geregelt.

Die Maßnahmen um den Beitritt zum Schutzschirm bestehen aus einer Kombination aus Ausgabenreduzierungen - beispielsweise Effektivitätssteigerung innerhalb der Stadtverwaltung - und Einnahmeverbesserungen - bspw. Steuererhöhung. Hierbei wurde stets Wert darauf gelegt, eine gerechte Verteilung der Belastungen zu gewährleisten. Das Stadttheater ist als eigenständige GmbH organisiert. Insofern führen Kürzungen des

Angebotes oder Erhöhungen der Eintrittspreise nicht zu einer entsprechenden Entlastung des städtischen Haushaltes, da es weitere Vertragspartner gibt und deren Zuschuss sich auch verringern würde. Im Übrigen sei darauf hingewiesen, dass das Stadttheater Gießen ein wichtiger Partner für die Gießener Schulen, die Universität und andere städtische Akteure ist und sich auf den unterschiedlichsten Ebenen in der Stadt engagiert, bspw. auch in der Kulturloge. Jedwede Kürzung würde insofern gerade diese Partnerinnen und Partner treffen und vorrangig nicht eine bestimmte Klientel, von der Sie sprechen. Dieses umfangreiche Engagement und die damit verbundene Rückendeckung dieser wichtigen Kulturinstitution zeigt sich im Übrigen auch in der Bürgerbefragung, in der über 70 % eine Reduzierung des Zuschusses abgelehnt haben.“

2. **Bericht der Oberbürgermeisterin zur Bürgschaft für die GISPO GmbH**

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz stellt die Geschichte der Bürgschaft seit ihrer Gewährung im Jahr 2007 dar. Sie führt aus, dass die am 16.12.2010 beschlossene Verlängerung und schrittweise Reduzierung der Bürgschaftshöhe sowohl einem Vorschlag der GISPO GmbH vom 22.09.2010 wie auch der Empfehlung des Regierungspräsidiums aus dem gleichen Jahr entspricht. Im Laufe des Jahres 2012 habe sich die GISPO wiederholt an die Stadt gewandt und um Verschiebung der für den Jahreswechsel 2012/2013 vorgesehenen Reduzierung der Bürgschaft von 180.000 auf 120.000 € gebeten. Die Sparkasse Gießen habe die Stadt am 23.11.2012 darüber unterrichtet, dass die GISPO den durch die Bürgschaft abgesicherten Kreditrahmen auch über den 31.12.2012 hinaus benötige und dass eine Reduzierung der Bürgschaft dazu führen würde, dass der Kredit in Höhe von 30.000 € notleidend werde. Die Stadt habe die Sparkasse durch Schreiben vom 3.12.2012 darüber informiert, dass eine Änderung des Reduzierungsbeschlusses derzeit nicht vorgesehen sei. Am 23.12.2012 habe die GISPO öffentlich erklärt, dass sie ein Insolvenzverfahren beantragt habe und die bevorstehende Kürzung der Bürgschaft der Tropfen gewesen sei, der das Fass zum Überlaufen gebracht habe. Die Volksbank Mittelhessen und die Sparkasse Gießen hätten jeweils mit Einschreiben vom 27.12.2012 mitgeteilt, dass sie sich gezwungen sehen, die Bürgschaft in Anspruch zu nehmen.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz berichtet weiter, dass der Kämmerei am 2.1.2013 die Bilanzen der GISPO aus den Jahren 2008 bis 2012 zur Verfügung gestellt wurden. In diesen seien in den letzten Geschäftsjahren Konsolidierungserfolge zu erkennen, die im Geschäftsjahr 2011/12 nicht mehr fortgesetzt werden konnten und in einen Verlust mündeten; die GISPO sei bilanziell überschuldet. Um der drohenden Abwärtsspirale der GISPO zu begegnen und das Kostenrisiko für die Stadt Gießen als Bürgen zu reduzieren, seien die Spitzen der Sparkasse Gießen und der Volksbank Mittelhessen, der Geschäftsführer der GISPO sowie der vorläufige Insolvenzverwalter mit ihr am 7.1.2013 zusammengekommen. Sie habe den beiden Finanzinstituten angeboten, einen Teil der Bürgschaft, 60.000 €, abzulösen. Im Gegenzug

hätten die beiden Institute zum Ausdruck gebracht, dass sie bei dieser Sachlage die der GISPO gekündigten Kreditlinien wieder öffnen könnten. Dies sei die gegenwärtige Sachlage. Für die weitere Entwicklung der Angelegenheit sieht die Oberbürgermeisterin sowohl das Interesse, die finanzielle Belastung der Stadt möglichst niedrig zu halten und andererseits die Chance zum Verbleib der 46er im Bundesligabasketball zu erhalten.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, dankt der Oberbürgermeisterin für ihren Bericht und fragt, ob sie ihn den Fraktionen schriftlich zur Verfügung stellen könne.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz bejaht dies.

**3. Kommunaler Schutzschirm Hessen/Entschuldungsfonds (KSH); STV/1314/2012
hier: Beschluss über den Beitritt der Stadt Gießen zum KSH
und Abschluss von Verträgen
- Antrag des Magistrats vom 11.12.2012 -**

Antrag:

- „1. Der als Anlage 1 beigefügte Konsolidierungsvertrag zwischen dem Land Hessen und der Stadt Gießen über Maßnahmen zur Erreichung des Haushaltsausgleichs nach § 3 Abs. 3 Satz 2 des Gesetzes zur Sicherstellung der dauerhaften finanziellen Leistungsfähigkeit konsolidierungsbedürftiger Kommunen vom 14. Mai 2012, GVBl. Seite 128 (Schutzschirmgesetz – SchuSG) wird mit der Mehrheit der gesetzlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.
2. Der Magistrat wird beauftragt, die notwendigen zusätzlichen Verträge zur Ablösung von Investitions- und Kassenkrediten mit dem Land Hessen und mit der WIBank abzuschließen.
3. Der Magistrat wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung die Berichte gem. § 6 Abs. 1 SchuSV zur Information vorzulegen.“

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Janitzki, H. Geißler, Merz, Ahlgrimm, Grothe, Heller, Möller, Dr. Preiß und Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt (Ja: SPD, GR, FW; StE: CDU).

**4. Haushaltssicherungskonzept 2013 STV/1320/2012
- Antrag des Magistrats vom 17.12.2012 -**

Antrag:

„Das beigefügte Haushaltssicherungskonzept 2013 wird beschlossen.“

Beratungsergebnis:

Ohne Aussprache einstimmig zugestimmt (Ja: SPD, GR; StE: CDU, FW).

**5. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2013
- Antrag des Magistrats vom 04.09.2012 -**

STV/1088/2012

Antrag:

„1. Die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung 2013 wird gemäß §§ 94 ff. HGO beschlossen. Der Haushalt, der aus Gesamthaushalt, Teilhaushalten und Stellenplan besteht, schließt

im Ergebnishaushalt

im ordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	185.513.357,00 €
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendung auf	214.460.269,00 €

im außerordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	15.000,00 €
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	0,00 €

mit einem Fehlbetrag von	28.931.912,00 €
--------------------------	-----------------

im Finanzhaushalt

mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	- 22.011.190,00 €
---	-------------------

und dem Gesamtbetrag der

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	16.693.106,00 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	38.995.255,00 €

Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	32.608.149,00 €
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	23.000.000,00 €

mit einem Finanzmittelfehlbedarf von	34.707.345,00 €
--------------------------------------	-----------------

ab.

2. Das dem Haushaltsplan 2013 beigefügte Investitionsprogramm gemäß § 101 III HGO wird beschlossen.
3. Die im Haushaltsplan 2013 enthaltene Ergebnis- und Finanzplanung gemäß § 101 I HGO wird zur Kenntnis genommen.“

Der **Vorsitzende** ruft die Tagesordnungspunkte 5.1 bis 5.6 zur gemeinsamen Beratung auf.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Janitzki, Ahlgrimm, Heller, Grothe, Möller, Nübel sowie Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz und Stadträtin Eibelshäuser.

5.1. 1. Magistrats-Änderungsliste zum Haushalt 2013 - STV/1262/2012
Ergebnishaushalt
- Antrag des Magistrats vom 22.11.2012 -

Antrag: „Siehe Anlage.“

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt (Ja: SPD, GR; StE: CDU, FW).

5.2. 2. Magistrats-Änderungsliste zum Haushalt 2013 - STV/1313/2012
Kommunaler Schutzschirm Hessen (KSH) -
Ergebnishaushalt
- Antrag des Magistrats vom 11.12.2012 -

Antrag: „Siehe Anlage.“

Beratungsergebnis:

Der Antrag der FDP-Fraktion vom 31.12.2012 (s. Anlage) auf Änderung der Magistratsvorlage wird einstimmig abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW; StE: CDU).

Der Änderungsliste des Magistrats wird einstimmig zugestimmt (Ja: SPD, GR; StE: CDU, FW).

5.3. 1. Magistrats-Änderungsliste zum Haushalt 2013 - STV/1263/2012
Finanzhaushalt
- Antrag des Magistrats vom 22.11.2012 -

Antrag: „Siehe Anlage.“

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt (Ja: SPD, GR, FW; StE: CDU).

5.4. Änderungsanträge der Fraktionen, des Jugendhilfeausschusses, der Ortsbeiräte und des Ausländerbeirates

a) Ergebnishaushalt

Lfd. Nr.	Antragsteller	Kostenträger	Sachkonto	Änderung (E = Erträge; A = Aufwendungen)	Abstimmungs- ergebnis HFVRE												
1	Fraktion LB/BLG	0101050300 Betreuung Stadtverord. vers. u. Ausschüsse	6860100 Aufw. für Verfüungsmittel	A - 1.400 €	Lfd. Nr. 1 – 5: Einstimmig abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW; StE: CDU).												
2	Fraktion LB/BLG	0101050500 Betreuung Magistrat	6860100 Aufw. für Verfüungsmittel	A - 500 €													
3	Die Linke.Fraktion	0540030300 Erstellung und Abrech-nung Gießen-Pass	7155000 Sonst. Erstatt. an ver- bundene Unternehmen	A + 229.160 €													
4	Fraktion LB/BLG	Teilhaushalt 05 – Soz. Leistungen, Nr. 15 Aufw. für Zuweisungen u. Zuschüsse Ehrenamt e.V.: Mittel im Haushaltsplanentwurf 2013 um 700 € erhöhen.															
5	Fraktion LB/BLG	Stellenplan, Teil D: Beim Reinigungsdienst sind die Stellen von 57,32 VZÄ auf 65 VZÄ zu erhöhen.															
6	FW-Fraktion	<p>Von erheblicher finanzieller Bedeutung sind Maßnahmen,</p> <p>a) deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten 50.000 € überschreiten</p> <p>b) deren Folgekosten jährlich einen Betrag von 25.000 € überschreiten.</p> <p>Über die Durchführung von Investitionsmaßnahmen mit erheblicher finanzieller Bedeutung entscheidet (Bau- und Finanzierungsbeschluss)</p> <table border="0"> <thead> <tr> <th>Zuständig</th> <th>Kosten</th> <th>Folgekosten</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Fachdezernent zus. mit dem Kämmerer</td> <td>ab 50.000 € bis 150.000 €</td> <td>ab 25.000 € bis 50.000 €</td> </tr> <tr> <td>Magistrat</td> <td>ab 150.000 € bis 300.000 €</td> <td>ab 50.000 € bis 75.000 €</td> </tr> <tr> <td>Stadtverordneten- versammlung</td> <td>ab 300.000 €</td> <td>ab 75.000 €</td> </tr> </tbody> </table>			Zuständig	Kosten	Folgekosten	Fachdezernent zus. mit dem Kämmerer	ab 50.000 € bis 150.000 €	ab 25.000 € bis 50.000 €	Magistrat	ab 150.000 € bis 300.000 €	ab 50.000 € bis 75.000 €	Stadtverordneten- versammlung	ab 300.000 €	ab 75.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR; Ja: FW; StE: CDU).
Zuständig	Kosten	Folgekosten															
Fachdezernent zus. mit dem Kämmerer	ab 50.000 € bis 150.000 €	ab 25.000 € bis 50.000 €															
Magistrat	ab 150.000 € bis 300.000 €	ab 50.000 € bis 75.000 €															
Stadtverordneten- versammlung	ab 300.000 €	ab 75.000 €															
	CDU-Fraktion Antrag vom 04.01.2013	Verminderung der Personalkosten Magistratebene			Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR; Ja: CDU, FW).												

b) Finanzhaushalt

Lfd. Nr.	Antragsteller	Invest.-Nr./ Kostenträger-Code/ Sachkonto-Code	Bezeichnung	Haushalts- jahr	Änderung (E = Einzahlungen; A = Auszahlungen; V = Verpflichtungs- ermächtigung)	Abstimmungs- ergebnis HFWR
1	FW-Fraktion	162009001/ 0101120100/ 0851010	Erwerb von Hard- und Software – Amt für IT	2013 2014 2015 2016	A – 152.000 € A – 140.000 € A – 185.000 € A – 180.000 €	Lfd. Nr. 1 – 9: Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR; Ja: FW; StE: CDU).
2	FW-Fraktion	202010001/ 0101080300/ 0355010	Investitionszuschuss SHG	2014 2015 2016	A – 250.000 € A – 250.000 € A – 250.000 €	
3	FW-Fraktion	232009010/ 0101130200/ 0509020	Erwerb von Grundstücken allgemein	2013 2014 2015	E + 100.000 € E + 100.000 € E + 100.000 €	

				2016	E + 100.000 €	
4	FW-Fraktion	372009002/ 0204010200/ 0810010, 0840010	Erwerb techn. Geräte d. Berufsfeuerwehr	2013 2014 2015 2016	A - 130.000 € A - 360.000 € A - 100.000 € A - 290.000 €	
5	FW-Fraktion	372009003/ 0204010200/ 0810010, 0840010	Erwerb techn. Geräte d. FFW	2013 2014 2015 2016	A - 192.000 € A - 26.000 € A - 196.500 € A - 121.000 €	
6	FW-Fraktion	402009009/ 0319010100/ 0851010	Hard- u. Software Netzwerkeinr. Sonst. schul. Aufg.	2013 2014 2015 2016	A - 176.600 € A - 176.000 € A - 176.000 € A - 176.000 €	
7	FW-Fraktion	402009010/ 0319010100/ 0860010	Schule @ Zukunft sonst. schul. Aufg.	2013 2014 2015 2016	A - 111.300 € A - 111.300 € A - 111.300 € A - 111.300 €	
8	FW-Fraktion	402009013/ 0425010100/ 0860010	Erwerb von Musikinstrumenten u.ä. Musikschule	2013 2014 2015 2016	A - 14.000 € A - 14.000 € A - 14.000 € A - 14.000 €	
9	FW-Fraktion	432009002/ 0426010100/ 0242010	Erwerb von Hard- u. Software f. VHS-Kurse	2013 2014 2015 2016	A - 3.000 € A - 3.000 € A - 3.000 € A - 3.000 €	
10	Fraktion LB/BLG	502013001/ 1055010300/ 0355010	Zuschuss sozialer Wohnungsbau	2013	A + 365.000 €	Einstimmig abgelehnt (Nein: SPD, GR; StE: CDU, FW).
11	FW-Fraktion	612009004/ 0953040300/ 0911010	Wohnumfeld- verbesserung Nordstadt	2014 2015	A - 100.000 € A - 50.000 €	Lfd.Nr. 11 – 22: Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR; Ja: FW; StE: CDU).
12	FW-Fraktion	652009002/ 0101100300/ 0561010	Außenanlage Kino Berliner Platz	2013 2013 2014	A + 200.000 € V + 265.000 € A + 265.000 €	
13	FW-Fraktion	652009006/ 0101100300/ 0536010	Haustechnik Feuerwehr	2013	A + 100.000 €	
14	FW-Fraktion	652009014/ 0101100300/ 0530110	Umbau und Sanierung Herderschule	2013 2013 2014 2015 2016	A - 15.000 € V - 15.000 € A - 15.000 € A - 200.000 € A - 200.000 €	
15	FW-Fraktion	652009018/ 0101100300/ 0530110	Sanierung Theodor-Litt-Schule	2013 2013 2014 2015 2016	A - 304.000 € V - 48.600 € A - 237.000 € A - 223.000 € A - 220.000 €	
16	FW-Fraktion	652009025/ 0101100300/ 0530110	Gesamtsanierung Brüder-Grimm-Schule	2013 2013 2014 2015 2016	A - 279.000 € V - 212.000 € A - 260.000 € A - 97.600 € A - 100.000 €	
17	FW-Fraktion	652009501/ 0101100300/ 0530110	Sanierung Gesamtsch. Gl-Ost	2013 2014 2016	A - 30.000 € A - 5.000 € A - 5.000 €	
18	FW-Fraktion	652009504/ 0530110	Sanierung und Erweiterung Alicenschule	2013 2014 2015 2016	A - 70.000 € A - 50.000 € A - 80.000 € A - 64.000 €	
19	FW-Fraktion	652011008/ 0101100300/ 0535010	Aufzug Stadttheater	2013	A - 50.000 €	
20	FW-Fraktion	652011004/ 0101100300/ 0551010	Neubau Bildungszentrum Nordstadt	2013 2014	A - 115.320 € A + 115.320 €	
21	FW-Fraktion	662009002/ 0101110100/ 0840010	Erwerb bewegl. techn. Geräte Bauhof Tiefbauamt	2013 2013 2014 2015	A - 70.000 € V - 70.000 € A - 70.000 € A - 70.000 €	

				2016	A - 70.000 €	
22	FW-Fraktion	662009018/ 1264010100/ 0613010	Grundhafte Erneuerung Bitzenstraße	2013 2014 2015	A + 36.000 € A + 164.000 € A + 273.000 €	
23	Ortsbeirat Lützellinden	662009018/ 1264010100/ 0613010	Grundhafte Erneuerung Bitzenstraße	2013 2014 2015 2016	A + 633.000 € A - 36.000 € A - 224.000 € A - 373.000 €	Einstimmig abgelehnt (Nein: SPD, GR; StE: CDU, FW).
24	FW-Fraktion	662009021/ 1264010100/ 0613010	Förderung des Radverkehrs	2013 2014 2015 2016	A - 10.000 € A - 10.000 € A - 14.000 € A - 5.000 €	Lfd. Nr. 24 - 26: Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR; Ja: FW; StE: CDU).
25	FW-Fraktion	662009023/ 1264010100/ 0613010	Sanierung Philosophenstraße	2013 2014 2015	A + 10.000 € A - 10.000 € A - 132.000 €	
26	FW-Fraktion	662010004/ 1264010100/ 0619010	Bahn-Durchstich Dammstraße i.R.d. LGS	2013 2014	A + 0 € A + 500.000 €	
27	Fraktion LB/BLG	662010004/ 1264010100/ 0619010	Bahn-Durchstich Dammstraße i.R.d. LGS	2013	A + 0 €	Lfd. Nr. 27 - 28: Einstimmig abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW; StE: CDU).
28	Fraktion LB/BLG	662011005/ 1264010100/ 0619010	Umgestalt. u. San. Dammstraße zw. Bahn u. Steinstraße	2013	A - 240.000 €	
29	FW-Fraktion	662011009/ 1264010100/ 0613010	Fußgänger- überquerung Ostanlage	2013 2013 2014	A - 150.000 € V - 50.000 € A - 25.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR; Ja: FW; StE: CDU).
30	Ortsbeirat Lützellinden	662013001/ 1266010100/ 0611010	Fußgänger- querungshilfe Rheinfelser Straße	2013	A + 10.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR; Ja: FW; StE: CDU).
31	FW-Fraktion	672009026/ 1372010100/ 0840010	Techn Geräte und Ausstattungs- gegenstände	2013 2014 2015 2016	A - 75.000 € A - 100.000 € A - 100.000 € A - 100.000 €	Lfd. Nr. 31 - 44: Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR; Ja: FW; StE: CDU).
32	FW-Fraktion	672009055/ 1374010100/ 0840010	Erwerb beweglicher techn. Geräten Friedhöfe	2013 2014 2015 2016	A - 87.000 € A - 50.000 € A - 50.000 € A - 50.000 €	
33	FW-Fraktion	672010013/ 1322010200/ 0623010	Begrünung Marburger Straße West	2013 2014	A - 100.000 € A - 50.000 €	
34	FW-Fraktion	672010021/ 1372010200/ 0561010	Umgestaltung Außenanlage Herderschule	2013	A - 100.000 € V + 100.000 €	
35	FW-Fraktion	672012005/ 1373010300/ 0649110	Schwanenteichumg. Pilotproj. „Bitterling“ BM LGS	2013 2014	A + 0 € A + 0 €	
36	FW-Fraktion	702009001/ 0101110400/ 0810010, 0890010	Erwerb beweglicher Geräte Allgem. Verwaltung	2013 2014 2015 2016	A - 35.000 € A - 60.000 € A - 60.000 € A - 45.000 €	
37	FW-Fraktion	702009002/ 0101110400/ 0810010	Erwerb von Krafffahrzeuge Amt für IT	2014	A - 15.000 €	
38	FW-Fraktion	702009003/ 0101110400/ 0810010	Erwerb von Krafffahrzeugen Straßenverkehrs- abteilung	2013 2014 2015 2016	A - 0 € A - 19.000 € A - 19.000 € A - 19.000 €	
39	FW-Fraktion	702009004/ 0101110400/ 0810010	Erwerb von Krafffahrzeugen Gefahrgutüberw.	2013 2014	A - 15.000 € A - 15.000 €	
40	FW-Fraktion	702009006/ 1268010200/ 0802010, 0810010	Erwerb beweglicher Geräte Winterdienst	2013 2013 2014 2015 2016	A - 92.000 € V - 80.000 € A - 88.000 € A - 88.000 € A - 88.000 €	

41	FW-Fraktion	702009007/ 1268010100/ 0810010, 0890010	Erwerb beweglicher Geräte Straßenreinigung	2013 2013 2014 2015 2016	A – 110.000 € V – 100.000 € A – 140.000 € A – 140.000 € A – 185.000 €	
42	FW-Fraktion	702009008/ 1162010100/ 0810010	Erwerb von Kraftfahrzeugen Müllabfuhr	2013 2013 2014 2015 2016	A – 420.000 € V – 150.000 € A – 460.000 € A – 420.000 € A – 560.000 €	
43	FW-Fraktion	702010002/ 1162010200/ 0810010	Erwerb von Kraftfahrzeugen BgA Altglas	2013 2014 2015 2016	A – 0 € A – 0 € A – 119.500 € A – 0 €	
44	FW-Fraktion	702010009/ 0101110400/ 0810010	Erwerb von Kraftfahrzeugen Vermessungsamt	2015 2016	A – 15.000 € A – 35.000 €	
	CDU-Fraktion, Antrag vom 04.01.2013, geändert durch Antrag der SPD- Fraktion	662012004	Umgestaltung und Sanierung Schlossgasse	2013	A + 260.000 € A + 20.000 € (Planungskosten)	Geändert einstimmig zugestimmt Ja: SPD, GR; StE: CDU, FW.

**5.5. Reduzierung des finanziellen Spielraumes für den Magistrat
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 26.10.2012 -**

STV/1197/2012

Antrag:

„Der Magistrat kann ohne das Votum der Stadtverordnetenversammlung über Ausgaben bis € 100.000 entscheiden.“

Beratungsergebnis: Einstimmig abgelehnt (Nein: SPD, GR; StE: CDU, FW).

**5.6. Keine Privatisierungen städtischer Unternehmen
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 22.11.2012 -**

STV/1264/2012

Antrag:

„Der Magistrat verzichtet auf Privatisierungen städtischer Unternehmen und die Veräußerung von Anteilen an Unternehmen (Bsp. Stadtwerke Gießen).“

Beratungsergebnis: Einstimmig abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW; StE: CDU).

Der so geänderten Haushaltssatzung 2013 mit Haushaltsplan und Anlagen, STV/1088/2012, wird einstimmig zugestimmt (Ja: SPD, GR; StE: CDU, FW).

6. Verschiedenes

Der **Vorsitzende** gibt bekannt, dass die nächste Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschusses am **04.02.2013, 19:00 Uhr**, stattfinden wird.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) S c h o l z

DER SCHRIFTFÜHRER:

(gez.) K n o t h